



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-025
vom 23.01.09

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

Schminke: Ein Machtwort des Ministerpräsidenten ist fällig – Niedersachsen muss im Bundesrat für Mindestlöhne stimmen

Ronald Schminke, Landtagsabgeordneter der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, begrüßt den gestrigen Beschluss des Deutschen Bundestages, das Arbeitnehmerentsendegesetz auf die Branchen Pflege, Großwäschereien, Wach- und Sicherheitsgewerbe, Abfallwirtschaft, Bergbauspezialdienste und Weiterbildung auszudehnen. Die genannten Bereiche seien auf übereinstimmenden Vorschlag sowohl von Gewerkschaften als auch von Arbeitgeberverbänden in den Schutzbereich des Gesetzes aufgenommen worden.

„Dass jetzt aber der designierte niedersächsische Wirtschaftsminister Rösler von der FDP nun ankündigt, seine Partei werde das Gesetz im Bundesrat ablehnen, ist ein Schlag in das Gesicht von rund vier Millionen Menschen, die in diesen Branchen arbeiten“, erklärt der SPD-Abgeordnete. Und schon heute sei die CDU im Wirtschaftsausschuss des Landtages bei der Frage nach dem Mindestlohn in der Pflege eingekickt und habe auf Druck der FDP gegen den Vorschlag gestimmt, die Landesregierung in einem Entschließungsantrag zur Zustimmung zum Arbeitnehmerentsendegesetz im Bundesrat aufzufordern.

„Nun ist ein Machtwort des Ministerpräsidenten fällig. Niedersachsen muss dem Gesetz im Bundesrat zustimmen und so der Forderung nach Aufnahme der Branchen ins Gesetz durch die Betroffenen entsprechen“, fordert Schminke. Es sei ansonsten mehr als scheinheilig, wenn man den begründeten Wunsch der Tarifvertragsparteien mit Hinweis auf Tarifautonomie ignoriere.